

**Beschluss der Landessynode zum Antrag des Synodalen Greim (DS 7.5/1)**

Die Landessynode hat am 9. April 2016 folgenden Beschluss gefasst:

1. Das Gebot der Nächstenliebe endet nicht an den Außengrenzen Europas. Wir sehen uns als Christ\*innen, Bürger\*innen und Europäer\*innen in der Pflicht, Menschen in Not zu helfen und Leid zu lindern. Die Landessynode der EKM fordert die verantwortlichen Politiker\*innen dazu auf, menschenwürdige Fluchtwege aus syrischen und anderen Kriegsgebieten zu eröffnen.
2. Die Lage in den Flüchtlingslagern kann uns nicht gleichgültig sein. Wir treten für eine gemeinsam verantwortete europäische Flüchtlingspolitik ein. Dazu gehört es, die geflüchteten Menschen gerecht zu verteilen und effiziente Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen zu schaffen.
3. Die Synode der EKM würdigt die Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen zur Bewältigung der Flüchtlingssituation. Wir erwarten, dass sich die politisch Verantwortlichen bei ihren Entscheidungen von Humanität und allgemeinen Menschenrechten leiten lassen.
4. Die vielfältigen Leistungen der ungezählten Ehrenamtlichen sind für uns ein Zeichen dafür, dass christliche Werte wie Barmherzigkeit, Nächstenliebe und der Einsatz für Menschen in Not in unserem Land für viele Menschen lebendig sind.  
Die Synode dankt ihnen und würdigt die unterschiedlichen Unterstützungssysteme der Landeskirche wie etwa die Arbeit der Referent\*innen für Flüchtlingsarbeit und Migration, den Fonds für Flüchtlingsarbeit und die Etablierung eines Flüchtlingsnetzwerkes. Zur Willkommenskultur tritt notwendigerweise eine Willkommensstruktur.
5. Die Synode ermutigt Kirchengemeinden und Kirchenkreise, auch künftig für Vertrauen, Mitmenschlichkeit und Zuversicht bei Bürger\*innen, die durch die Flüchtlingssituation verunsichert sind, zu werben und den Dialog zu suchen.
6. Die Flüchtlingssituation ist nur mit Herz und Verstand zu bewältigen. Minderheiten dürfen nicht ausgegrenzt und abgewertet werden. Lösungsansätze dürfen nicht vorrangig nationalen oder europäischen Interessen dienen, sondern sollen die Menschen in ihrer Schutzbedürftigkeit in den Mittelpunkt stellen.